

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53) Nr. 5

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Verwaltungsabteilung Gesundheitsamt 53/1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Stadtangestellte:r für den Bereich ÖGD-Pakt und Digitalisierung	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 81.821 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen

Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	Entgeltgruppe 11 TVÖD/VKA	Stellen-Nr. 200
Abteilung/Abschnitt 53/11	ab	01.12.2021	
1,0 St. (39 Std.)	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Sachbearbeiter:in	
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst			35
<ul style="list-style-type: none"> - Verantwortliche Vertretung des Magistrats in der Arbeitsgruppe „ÖGD-Pakt“ des Bundeslandes Bremen - Erstellung von Konzepten einschließlich der Herleitung der erforderlichen Beschlusslagen - Ermittlung, Beschreibung und Begleitung des Besetzungsverfahrens der auf der Grundlage des ÖGD-Paktes geschaffenen Stellen einschließlich der Anpassung von sich ggf. ändernden Bedarfen - Selbstständige Beantragung und Abrechnung möglicher Fördermittel einschließlich der Vorlage der entsprechenden Verwendungsnachweise sowie der eigenverantwortlichen Vertretung des Magistrats bei bundes- und landesweiten Statistikerhebungen 			
2. Digitalisierung des Gesundheitsamtes			50
<ul style="list-style-type: none"> - Erstellung einer Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitsamt sowie Entwicklung eines Prozessverständnisses innerhalb der Belegschaft, u. a. Erstellung der Ist-Analyse sowie Entwicklung der Soll-Prozessstruktur - Evaluierung und fortlaufende Optimierung der eingeleiteten Prozesse - Verantwortliche Vertretung des Magistrats in der Arbeitsgruppe „Digitalisierung“ des Bundeslandes Bremen - Vernetzung mit anderen Gesundheitsämtern, u. a. auch mit dem Ziel, gemeinsam an Schulungen teilzunehmen oder auch Schulungen zu organisieren - Erstellung von Konzepten, Richtlinien und Arbeitsanweisungen einschließlich der Herstellung der erforderlichen Beschlusslagen - Selbstständige Planung des Digitalisierungsbudgets, Beantragung und Abrechnung möglicher Fördermittel einschließlich der Vorlage der entsprechenden Verwendungsnachweise - Akquirieren von „Mitarbeitenden“ mit entsprechender Digital-Affinität - Aktive Einbeziehung der Belegschaft in den Prozess bzw. in die konkreten Digitalisierungsmaßnahmen. Die Themen Sensibilisierung, Partizipation sowie Schulungen der Mitarbeitenden und der Belegschaft sind eng miteinander verzahnt zu betrachten und in Abstimmung mit der Amts- und Verwaltungsleitung umzusetzen. - Berücksichtigung bzw. Umsetzung von IT-Sicherheit und Datenschutz 			
3. Weitere Verwaltungsaufgaben			15
<ul style="list-style-type: none"> - Weitere Verwaltungsaufgaben, die bei Bedarf im Einzelfall übertragen werden - Vertretung der Stelle 2 0 065 			

Allgemeine Hinweise:

Beschäftigte:r mit entsprechender Qualifikation (abgeschlossene Verwaltungsausbildung und die Befähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 oder den Abschluss des Angestelltenlehrganges II) und hoher Digital-Affinität